(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

Sehr geehrte Damen und Herren, unser bestehendes Engagement ist bereits ein herausragendes Ergebnis einer fruchtbaren und notwendigen Zusammenarbeit zwischen behördlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Das zeigt mein kurzer Überblick.

Ich versichere Ihnen, wir werden uns weiter entschlossen jeglichen extremistischen Tendenzen entgegenstellen. - Danke.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Ich lasse zunächst über den Alternativantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 19/2171, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der AfD-Fraktion und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/2078 (neu), abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist bei Enthaltung der Fraktion der AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein angenommen.

Gestatten Sie mir die geschäftsleitende Bemerkung, die ich gestern auch gemacht habe: Je später der Nachmittag, desto geringer wird die Disziplin, die Mund- und Nasenschutzmasken zu tragen. Vielleicht können Sie das wieder ändern.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 36 auf:

Humanitäres Aufnahmeprogramm für Geflüchtete von den griechischen Inseln

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2133

Europäische Solidarität mit den Geflüchteten in Griechenland

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2166

Wie ich sehe, wird das Wort zur Begründung nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Serpil Midyatli.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! In diesem Haus gibt es einen Grundkonsens der demokratischen Fraktionen für Humanität und Solidarität. Wir fühlen uns verpflichtet, Menschen in Not in Schleswig-Holstein Zuflucht zu gewähren. Schon mehrfach hat Schleswig-Holstein seine Bereitschaft dazu erklärt.

Uns geht es hier nicht nur darum, Menschen, die in Seenot geraten sind, Zuflucht in Schleswig-Holstein zu gewähren, sondern auch - wie der ehemalige Innenminister des Landes Schleswig-Holstein der Bundesregierung schon mehrfach mitgeteilt hat - um unsere Bereitschaft, mehr Menschen aufzunehmen, gerade und insbesondere von den griechischen Inseln.

(Beifall SPD)

Die Lage der geflüchteten Menschen auf den griechischen Inseln ist nicht neu. Schon lange versuchen wir auf europäischer Ebene, einen Konsens zu erreichen, damit jeder seinen Beitrag dazu leistet, die Evakuierung aller geflüchteten Menschen hinzubekommen. Es ist aber seit mehreren Jahren leider nicht gelungen, obwohl wir schon oft über Relocation und Kontingente miteinander verhandelt haben, um auf europäischer Ebene zu Lösungen zu kommen. Das ist sehr bedauerlich.

Deshalb hatte ich große Hoffnung, als es auf Bundesebene darum ging, eine Koalition der Willigen zu bilden, hier zumindest einen kleinen Beitrag zu leisten, um ein Signal zu senden, auch an unsere europäischen Kolleginnen und Kollegen, um zu zeigen: Wir sind solidarisch, wir nehmen unsere Verantwortung ernst.

(Beifall SPD und SSW)

Es war ein Kompromiss, zwischen 1.000 und 1.500 Kinder und Jugendliche von den griechischen Inseln aufzunehmen. Für die einen ist das viel zu wenig, für die anderen geht das vielleicht schon ein Stück zu weit. Ja, es ist schwierig mit Kompromissen, und leider ist sogar dieser Kompromiss wieder ins Wanken gekommen, denn es ist uns bisher in Deutschland nur gelungen, etwas weniger als 50 Kinder und Jugendliche aufzunehmen. Wir hören oft von vielen: Da muss doch mehr gehen, da muss doch mehr passieren. Das ist richtig, liebe Kollegin-

(Serpil Midyatli)

nen und Kollegen. Wir als SPD-Fraktion wollen, dass es hier weiter- und vorangeht.

Ich will Ihnen gar nicht von den ganzen Gesprächen und Bemühungen auf Bundesebene erzählen, wie schwer diese Verhandlungen sind, um da weiterzukommen. Deshalb ist es wichtig, dass wir hier noch einmal - das machen andere Bundesländer auch - Appelle an die Bundesregierung richten, insbesondere an den Bundesinnenminister, um zu sagen: Es gibt genügend Bundesländer, die bereit sind, mehr geflüchtete Menschen aufzunehmen, und vor allem wir hier in Schleswig-Holstein. Unsere elf Kommunen sind weiterhin bereit, mehr Menschen aufzunehmen.

(Beifall SPD)

Warum heute dieser Antrag? Warum ist es gerade jetzt in der Coronapandemie so wichtig, darüber zu diskutieren? - Das Virus kennt keine Grenzen. Das Virus kennt keine Inselgrenzen. Auch dort ist die Gefahr groß, und wir haben jetzt eine Chance, die Menschen von den griechischen Inseln zu holen, bevor in den einzelnen Lagern die Pandemie ausbricht und die Menschen in Gefahr sind.

Wir haben heute viel darüber gesprochen, wie die Situation in den schleswig-holsteinischen Schulen mit Wasser, Seife und genügend Räumlichkeiten ist. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auf den griechischen Inseln mangelt es an allem, an Wasser, an Seife, an hygienischen Mitteln und an Nahrung. Wenn man sich anschaut, wie dort die Situation ist, stellen wir fest, wir müssen hier wirklich mehr Tempo machen und unseren Beitrag dazu leisten, die Evakuierung der Inseln voranzutreiben.

Deshalb fordern wir als SPD-Fraktion, ein weiteres Kontingent aufzunehmen, so wie Sie das bereits als Landesregierung mit dem Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Gruppen gemacht haben. Wir möchten gern nicht nur Kinder und Minderjährige, sondern auch alleinreisende Frauen, alleinerziehende Frauen, Menschen mit Behinderung, die es besonders schwer haben, und schwerkranke Menschen hier in Schleswig-Holstein aufnehmen.

Ich weiß, dass die Auseinandersetzung und die Diskussion immer schwierig sind, wenn es um weitere Kontingente geht. Die Landesregierung hat ihren Beitrag dazu schon geleistet. Hier muss noch einmal etwas passieren, weil die Gefahr so groß ist und die Menschen unter wirklich katastrophalen Bedingungen in den Lagern leben.

Die Einigung auf Kontingente ist immer etwas schwierig. Deshalb möchte ich, dass wir neue Wege

gehen. Deshalb ist das hier der Versuch zu sagen, es muss auch möglich sein, über ein Selbsteintrittsrecht, was der Bundesinnenminister einräumen kann, zu sagen, dass wir die bürokratischen Hürden zur Seite packen und nicht immer nur sagen, was nicht geht. Das werde ich heute hier gleich auch hören. Immer nur zu hören, was nicht geht, muss aufhören. Ich möchte endlich hören, wie es gehen kann. Wir sind in Schleswig-Holstein dafür bekannt, dass wir gemeinsam an Lösungen arbeiten und zu guten Ergebnissen kommen.

Deshalb hoffe und wünsche ich mir, dass die konstruktive und gute Zusammenarbeit, insbesondere was das Thema Geflüchtete angeht, auch mit der neuen Innenministerin - davon bin ich ehrlich gesagt fest überzeugt - fortgesetzt werden kann und wir weiter gut dafür zusammenarbeiten, dass wir Menschen in Schleswig-Holstein Zuflucht geben können.

Bitte lassen Sie uns gemeinsam an Lösungen arbeiten. Vielleicht sind die von der SPD aufgezeigten Wege für Sie zu weitgehend, vielleicht reichen sie nicht aus, oder sie sind aus irgendwelchen anderen Gründen nicht umzusetzen. Sagen Sie uns, wie es gehen kann!

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, Sie müssen jetzt zu Ihrem letzten Satz kommen.

Serpil Midyatli [SPD]:

Wir sind alle bereit, an Lösungen zu arbeiten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hartmut Hamerich.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich erlaube mir, mit Erlaubnis des Präsidenten zu zitieren:

„Die Herausforderungen weltweiter Flüchtlingsbewegungen sind nicht auf Deutschland begrenzt. In einem geeinten Europa ist die Aufnahme von Schutzsuchenden eine gemeinsame Aufgabe und Verpflichtung. Humanität ist eine der Grundlagen einer europäischen Wertegemeinschaft. Es ist deshalb

(Hartmut Hamerich)

nicht zu akzeptieren, wenn sich Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihrer humanitären Verantwortung entziehen.“

(Beifall CDU und Bernd Heinemann [SPD])

Das ist ein Zitat aus unserem Koalitionsvertrag.

Die Bilder, die uns regelmäßig von Flüchtlingscamps erreichen, machen uns betroffen, und uns bedrückt sehr, die Not, die gerade die Minderjährigen in den Camps auf den griechischen Inseln erleben und erleiden müssen, nicht schneller mildern zu können. Sie gehen nicht zur Schule. Sie leben in Zelten. 250 teilen sich eine Toilette. 8.000 Flüchtlingskinder leben auf der Insel Lesbos. Welch ein Infektionsrisiko besteht gerade jetzt in diesen menschenunwürdigen Camps?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das hat nichts mehr mit humanitärer Verantwortung der Europäischen Union zu tun und ist einer zivilisierten Gesellschaft innerhalb Europas nicht würdig!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Am 27. September 2019 haben wir hier den Antrag „Schleswig-Holstein ist und bleibt ein sicherer Hafen und steht auch zukünftig an der Seite aufnahmebereiter Kommunen“ beschlossen. Das war ein guter Start.

Die Landesregierung hat schon früh, am 13. Februar 2020, auf die Situation reagiert und den Bundesinnenminister gebeten, junge Menschen aus Griechenland aufzunehmen. Wir haben angeboten, 25 bis 30 der minderjährigen Flüchtlinge aufzunehmen. Innerhalb der europäischen Union haben bislang nur 10 von 27 Mitgliedstaaten ihre Unterstützung zugesagt, und wir sind eins von nur sieben Bundesländern in Deutschland, die damit seine Verantwortung dokumentiert haben.

Wir bitten den Bund, sich für die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards vor Ort einzusetzen. Wir bitten die Landesregierung, sich mit Nachdruck für eine grundlegende Reform der europäischen Asyl- und Migrationspolitik einzusetzen und die angekündigten Reformpläne der EU-Kommission aktiv zu unterstützen.

27 Mitgliedstaaten der europäischen Union müssen sich endlich ihrer gemeinsamen Verantwortung dazu bewusst sein. Die restlichen Mitgliedstaaten, die sich im Moment noch dieser Verantwortung innerhalb der europäischen Union entziehen, müssen mit ins Boot geholt werden - wenn nötig, mit Sanktionen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 47 jugendliche Flüchtlinge wurden am 18. April 2020 in einer Jugendhilfeeinrichtung in Niedersachsen aufgenommen, Flüchtlinge aus Afghanistan, Syrien und Eritrea. Sie waren zuvor in Lagern auf Lesbos, Samos und Chios untergebracht.

Für eine EU-weite Koordinierung ist die EU-Kommission in Zusammenarbeit mit den griechischen Behörden, der UNHCR, United Nations High Commissioner for Refugees, und der europäischen Asylagentur, EASO, European Asylum Support Office, zuständig. Alle Kinder und Jugendlichen wurden vor der Abreise selbstverständlich auf eine mögliche Infektion mit dem COVID-19-Virus getestet.

Um Griechenland zu unterstützen und die Situation der Kinder in den Lagern für die Kinder zu verbessern, hat der Koalitionsausschuss des Bundes am 8. März 2020 beschlossen, einen humanitären Beitrag zu leisten. 350 Minderjährige sollen nach Deutschland übernommen werden. Das ist Teil eines europäischen Vorgehens, an dem sich leider - wie schon gesagt - nur 10 Mitgliedsstaaten beteiligen.

Wegen der Entwicklung der Coronapandemie kommt es im Moment in einigen Ländern zu Verzögerungen bei der Umsetzung. Am Mittwoch dieser Woche kamen bereits zwölf unbegleitete Kinder und Jugendliche aus Luxemburg an. Drei Minderjährige aus dem Kontingent Niedersachsen kommen nach Schleswig-Holstein, weil sie hier Verwandte haben. Sie kommen nicht in die Landesunterkünfte, sondern die Unterbringung wird durch die Jugendämter organisiert. Diese Initiative ist wieder eine Unterstützung der humanen Flüchtlingspolitik Schleswig-Holsteins.

Wir reagieren nicht erst jetzt. Ende letzten Jahres kamen die ersten von 500 schutzbedürftigen Flüchtlingen über unser Landesaufnahmeprogramm nach Schleswig-Holstein - zusätzlich zum europäischen Aufnahmeprogramm. Im April letzten Jahres hat Schleswig-Holstein 22 aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufgenommen und unterstützt die Kommunen, die sich bereit erklärt hatten, sie aufzunehmen. Im Zusammenspiel von Land und Kommunen funktioniert es bei der Übernahme von humanitären und sozialen Verpflichtungen. Ein gutes Beispiel hierfür ist das auch bereits schon erwähnte Projekt „Sicherer Hafen“.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Ich habe gerade den letzten Satz in Arbeit. - Schleswig-Holstein hat in den vergangenen Jahren parteiübergreifend eine vorbildliche und beispielhafte Integrationspolitik gemacht. Darauf können wir stolz sein. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Aminata Touré.

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Vorweg möchte ich sagen, dass ich sehr froh darüber bin und war, dass wir als Koalition uns immer wieder darüber ausgetauscht haben, wie wir aktiv werden können, wie wir gemeinsam Humanität zeigen können, dass das auch oft gemeinsam gelungen ist und beschlossen werden konnte. Ich bin auch froh, dass die Landesregierung wiederholt deutlich gemacht hat, dass wir bereit sind, Menschen aufzunehmen. Ich weiß, dass das keine Selbstverständlichkeit ist, auch nicht, das immer wieder zu wiederholen. Wenn man zu den wenigen Bundesländern gehört, die das überhaupt machen, ist es schon etwas Besonderes. Deshalb möchte ich hier am Anfang sagen: Vielen Dank dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir haben es als Bundesland für notwendig gehalten, in Richtung Bund deutlich zu machen, dass wir bereit sind, Menschen von den griechischen Inseln aufzunehmen, weil die Zustände vor Ort unmenschlich sind. Es ist kaum auszuhalten, sich die Berichte anzusehen, weil man sich dafür eigentlich nur schämen kann. Das ist nicht nur zum Schämen, sondern auch der Europäischen Union nicht würdig.

Die Evakuierung von 47 Kindern nach Deutschland hat sich im Nachhinein als faktische Familienzusammenführung herausgestellt. Ich glaube, es ist in den letzten Wochen ein wenig untergegangen, dass die humanitäre Aktion, die von der Bundesregierung gestartet worden ist, so oder so in Europa eigentlich hätte stattfinden müssen. Das ist problema-

tisch, weil man auf der einen Seite deutlich macht, dass man Dinge, die man eigentlich hätte tun müssen, versäumt hat zu tun, auf der anderen Seite ist es natürlich gut und richtig, dass diese 47 Kinder dort herausgeholt wurden. Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Insgesamt zeichnet sich da aber ein merkwürdiges Bild ab.

Wenn man sich Berichte dazu anhört, wie die Auswahl der Minderjährigen und Kinder vor Ort stattgefunden hat, stellt man fest, griechische NGO berichten, dass es chaotisch zugeht. Weil man schnell Bilder produzieren wollte, dass Minderjährige nach Deutschland kommen, hat man einfach schnell und chaotisch Kinder ausgesucht. Man hat sich keine Gedanken darüber gemacht, wen man genau da eigentlich herholt.

Dabei haben wir immer wieder besprochen, dass gerade vulnerable Gruppen als Erstes hergeholt werden sollten. Das ist völlig richtig, und das muss auch der Anspruch sein. Der Koalitionsbeschluss der Großen Koalition hat aber formuliert, dass man vor allem minderjährige Mädchen, 14 Jahr maximal, herholen möchte. Das wurde mit der Zahl von 1.600 Personen unterlegt.

Die NGO vor Ort in Griechenland sagen aber ganz klar, dass es völlig unrealistisch ist, diese Zahl zu realisieren, weil nur 7 % der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge überhaupt Mädchen sind. Das heißt, man hat ein falsches Bild erzeugt. In den Tagen und Wochen darauf hat man sich massiv darüber geärgert, dass so wenige Mädchen hergekommen sind, sondern vor allem Jungen. - Ja, das passiert nun einmal, wenn man ein falsches Bild zeichnet und das mit der Situation vor Ort, der Realität, nicht abgleicht. Deshalb gab es im Nachgang völlig populistische und problematische Diskussionen, warum man sich denn nicht um Mädchen gekümmert habe.

Dieses Hintergrundwissen ist durchaus wichtig für die Situation, die wir da geschaffen haben.

Von was für einer Situation sprechen wir? - In dem Lager Moria auf Lesbos sieht es wie folgt aus. Das ist ein Lager, das für 3.000 Menschen geplant war, in dem inzwischen 20.000 Menschen leben. Man spricht dann immer wieder von Zahlen wie 5.000 Personen, 1.600 Personen, 50 Menschen, was auch immer. Die Debatte bewegt sich zunehmend dahin, die Zahl immer weiter zu reduzieren, obwohl die Zahl der Menschen, die dort leben, 20.000 umfasst.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Aminata Touré)

Ich finde es an der Stelle sehr wichtig zu betonen, dass es wichtig ist, das gesamte Lager zu evakuieren.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es kann nicht darum gehen, nur für Einzelne eine sichere Situation zu schaffen, sondern es muss darum gehen, für alle eine sichere Situation zu schaffen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Das ist auch keine Position, die nur wir als Grüne vertreten. Der CDU-Bundesentwicklungsminister, der vor Ort war und sich Moria angeguckt hat, wurde mit den Worten zitiert:

„Wir müssen allen Menschen im Lager helfen. Ich empfinde es als Schande, welche Zustände mitten in Europa akzeptiert werden.“

Er hat recht: Das ist eine Schande.

Schaut man sich an, wie die Menschen vor Ort dort leben und was sie darüber berichten, hält man es nicht aus, sich das länger als ein paar Minuten anzuschauen. Die Bilder von Gesichtern von jungen Mädchen, von jungen Personen, die davon erzählen, dass sie nicht die Möglichkeit haben, Wasser zu benutzen - mitten in einer Gesundheitskrise, die uns weltweit betrifft -, dass sie keine sanitären Anlagen haben, dass sie vor Ort vergewaltigt werden, dass sie keine Schutzräume haben, dass sie in Orten leben, die man den „Dschungel“ nennt - mitten in Europa -, sind beschämend.

Deshalb möchte ich zum Schluss noch einmal betonen: Es ist nicht genuin Aufgabe der Bundesländer, sich mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Ich finde es aber richtig, dass wir uns als Bundesland genau diese Frage gestellt und gesagt haben: Wir sind Teil der Europäischen Union, wir können nicht wegsehen, sondern wir müssen auch selbst handeln. Wenn wir den Eindruck haben, dass auf der Ebene der Bundesregierung nicht genügend getan wird, dann ist es richtig, dass wir als Bundesländer Druck erzeugen.

Deshalb möchte ich noch einmal - zum dritten oder vierten Mal in dieser Rede - betonen, dass ich weiß, dass es für Konservative und Liberale mit uns zusammen als Grüne nicht selbstverständlich ist, solche Forderungen zu formulieren. Deshalb bin ich umso dankbarer dafür, dass Sie die Situation ähnlich wie wir einschätzen und wir gemeinsam immer wieder Position beziehen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Jan Marcus Rossa.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Ihrem Antrag spricht die SPD-Fraktion ein existenzielles und sehr wichtiges Thema an. Aber - das ist hier auch schon mehrfach gesagt worden -, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie übersehen, dass Schleswig-Holstein eigentlich schon viel weiter ist.

Wir müssen unsere Bereitschaft, Menschen in besonderen Notlagen zu helfen, nicht verkünden, sondern wir handeln bereits. Wir leisten bereits konkrete Hilfe. In diesem Zusammenhang darf ich hier noch einmal auf das humanitäre Landesaufnahmeprogramm erinnern und darauf hinweisen, dass es in der Umsetzung ist.

Ich darf auch daran erinnern - das ist schon erwähnt worden -, dass unser Innenminister der Bundesregierung gegenüber verbindlich erklärt hat, dass unser Land unter Berücksichtigung der Verteilungsschlüssel für Europa und Deutschland Flüchtlinge, die sich insbesondere auf Lesbos in besonders prekären Lagen befinden, aufnehmen wird.

Entscheidend ist aber, dass der Innenminister gegenüber dem Bundesinnenminister sogar bekräftigt hat, eine entsprechende Anzahl an Flüchtlingen selbst dann aufnehmen zu wollen, wenn eine europäische Lösung nicht zustande kommen sollte, Deutschland nicht verpflichtet ist und sich auch nicht selbst verpflichtet, Flüchtlinge aufzunehmen. Das muss hier erwähnt werden.

Wir beweisen also durch aktives Handeln, wie wichtig uns humanitäre Flüchtlingspolitik ist, und wir unternehmen das, was einem Bundesland möglich ist. Das Thema, das Sie von der SPD auf die Tagesordnung gesetzt haben, macht noch ein anderes Thema deutlich: Wir müssen uns endlich um eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik bemühen und uns darauf einigen, wie wir dieses Thema künftig handhaben wollen. Wir brauchen einen vereinheitlichten und überall in Europa gleichermaßen geltenden Rechtsrahmen. Anders werden wir die Flüchtlingsproblematik in Europa nicht lösen können.

(Jan Marcus Rossa)

(Beifall FDP, CDU, SSW und vereinzelt SPD)

Schon der gesunde Menschenverstand sagt einem, dass es nicht richtig sein kann, dass wir uns zwar einerseits zu gemeinsamen Außengrenzen bekennen, dann aber in der Flüchtlingspolitik im Innenverhältnis auf Abgrenzung und Abschottung setzen. Dieses Problem werden wir nur überwinden können, wenn wir am Ende eine einheitliche europäische Migrationsbehörde haben werden, die in allen Mitgliedsländern gleichsam tätig sein muss und die dann für die Anwendung und Durchsetzung eines einheitlichen europäischen Flüchtlingsrechts zuständig sein muss. Das ist kein Wunschdenken, das ist machbar, und das werde ich Ihnen auch gleich darlegen. Ein Antrag, eine Entscheidung, das muss das Prinzip sein. Das Ziel muss sein, im EU-Rechtsraum für Migranten und Flüchtlinge aus aller Welt eine einheitliche Lösung zu finden.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Was bedeutet das konkret? Wenn in Griechenland ein Asylantrag gestellt wird, ist dieser durch eine europäische Behörde natürlich vor Ort in Griechenland nach europäischem Recht zu prüfen und zu bescheiden. Auch die gerichtliche Überprüfung hat dann nach einheitlichen Rechtsvorschriften und Standards zu erfolgen, und es muss die Aufgabe des Europäischen Gerichtshofs werden, im Flüchtlingsrecht für eine europaweit einheitliche Rechtsanwendung und Rechtsprechung zu sorgen.

Wenn die AfD meint und durch Zuruf deutlich macht, dass das illusorisch sei, so kann ich darauf verweisen, dass dieses Prinzip in Europa erprobt ist, nämlich im Bereich des Arbeitsrechts. Dort sorgt der Europäische Gerichtshof dafür, dass wir in den wichtigsten Fragen des Arbeitsrechts europaweit einheitliche Bedingungen durchsetzen und anwenden. Das ist auch im Migrationsrecht möglich, Herr Nobis, auch wenn Sie das nicht hören wollen.

Migranten hätten, wenn wir diesen Weg beschreiten würden, zwar innerhalb Europas nur noch Anspruch auf ein aufenthaltsrechtliches Verfahren, der Vorteil und die unabdingbare Voraussetzung eines solchen Lösungsansatzes ist es aber gerade, dass jede Migrantin und jeder Migrant sicher sein kann, dass eine Entscheidung nicht von nationalen Besonderheiten und Eigenheiten abhängig wird.

Deshalb lassen Sie uns von Schleswig-Holstein aus für ein vereinheitlichtes, gemeinsames europäisches Flüchtlingsrecht eintreten. Das ist es, was wir brauchen, um die Flüchtlingsproblematik in Europa endgültig lösen zu können. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, SSW, vereinzelt CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn auszugsweise aus einem Antrag zitieren, der am 4. März 2020 in den Deutschen Bundestag eingebracht wurde. Titel: „Humanitäres Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Asylsuchende aus Griechenland“. Darin heißt es: Die Bundesregierung wird aufgefordert,

„im Rahmen eines bundesweiten Relocation-Programms ein Kontingent von 5.000 besonders schutzbedürftigen Menschen ... - beispielsweise unbegleitete Kinder, Schwangere, alleinreisende Frauen, Alleinerziehende und schwer Traumatisierte - aus den Hotspots der griechischen Ägais-Inseln durch Selbsteintritt gemäß Artikel 17 der Dublin-III-Verordnung ... aufzunehmen und die Asylverfahren in Deutschland durchzuführen.“

Antragsteller war die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag. Dagegen gestimmt haben natürlich wir, aber auch die Fraktionen von CDU/CSU, FDP und SPD.

Zur Vollständigkeit gehört allerdings auch, dass in dem Antrag noch einige andere Punkte enthalten waren, die Deutschland in einer europäischen Migrationskrise - um die geht es hier in der Tat - eine recht einsame Rolle in Europa aufgedrängt hätte, mit allen Folgen und Kosten, die wir aus der Migration bereits kennen und die wir nicht wollen.

Die SPD im Bund möchte also eine europäische Lösung und eben keinen Alleingang Deutschlands. Das jedoch hindert die SPD-Fraktion in Schleswig-Holstein keineswegs daran, wenigstens in unserem Land doch noch einmal den Versuch einer politischen Profilrettung zu wagen. Die Chancen hier stehen ja auch gar nicht so schlecht, denn hier gibt es ja die merkelsche CDU unter einem Ministerpräsidenten Daniel Günther, die in Fragen der Migrationspolitik doch sehr nah bei den Grünen steht.

Der Antrag der SPD suggeriert, dass Griechenland nicht in der Lage sei, dort aufgenommene Migranten ordentlich zu betreuen. Das zeugt zwar von ei-

(Claus Schaffer)

nem sehr starken Misstrauen gegenüber einem europäischen Partner, aber das ist richtig.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Was reden Sie für einen Unsinn!)

In der Tat kann Griechenland unsere Hilfe wirklich gut gebrauchen, gerade angesichts der Herausforderungen durch die Coronakrise. Zügige und umfassende Hilfe vor Ort auf den griechischen Inseln ist der beste Weg, die Situation dort schnell und wirkungsvoll zu verbessern, und genau das geschieht auch schon. So ist der EU-Katastrophenmechanismus auf Bitten Athens hin aktiviert worden. Über diesen Weg können Unterkünfte, medizinische Teams und erforderliche Ausrüstung nach Griechenland entsandt werden. Auch die Koordinierung der Bereitstellung von Schutzmaterial wird so gewährleistet. Zusätzlich hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Griechenland 700 Millionen € als Soforthilfe zur Verbesserung der Betreuungssituation von Migranten zugesagt. Ich hoffe, dass diese Hilfe schnell geschieht.

Die griechische Regierung selbst hat damit begonnen, ältere und kranke Migranten von der Insel Lesbos aufs Festland zu verlegen, um den Ausbruch einer Coronapandemie abzuwenden. Das zeigt, dass Griechenland zusammen mit bestehenden Schutzprogrammen der Europäischen Union sehr wohl in der Lage sein kann, diese prekäre Situation zu bewältigen. Dabei wollen wir gern helfen, und das tun wir als potenter Zahler in der Europäischen Union bereits.

Der Großteil der Menschen, die sich als Asyl- und Schutzsuchende aktuell in griechischen Einrichtungen befinden, stammt aus Afghanistan, dem Irak oder den Maghreb-Staaten. Ein kleinerer Teil stammt aus Syrien. Im Ergebnis - auch das gehört zur Wahrheit - wären in Deutschland kaum positiv zu entscheidende Asylverfahren zu erwarten. Folgte man also dem Antrag, würde man Menschen nach Schleswig-Holstein holen, ihnen die Hoffnung auf einen dauerhaften Aufenthalt hier geben, um sie dann letztlich und konsequenterweise irgendwann in das Rückführungsmanagement überführen zu müssen. Gut, wir wissen, hierzulande gilt: Alle bleiben hier. Das wird eindrucksvoll mit der steigenden Anzahl von ausreisepflichtigen Ausländern und zugleich sinkenden Abschiebezahlen unterstrichen. - Frau Innenministerin, die Fußstapfen Ihres Vorgängers waren da nicht allzu groß. Also nur Mut, bei Abschiebungen ist noch Luft nach oben.

Es gibt noch einen Aspekt, den es unserer Auffassung nach zu beachten gilt: Unser Blick ist derzeit

darauf gerichtet, dass tägliche Ansteigen der Coronainfektionen zu verlangsamten und unsere Bürger zu schützen. Wir haben dafür unsere Grenzen geschlossen und das soziale Leben nahezu heruntergefahren. Das haben wir zum Wohle und zum Schutze aller geduldig in Kauf genommen. Aber immer mehr Menschen sind unzufrieden und hinterfragen Sinn und Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen. Immerhin sind Grundrechte der Menschen stark eingeschränkt worden, und diese Einschränkungen werden zunehmend auf den Prüfstand gestellt.

Die Auswirkungen der Coronakrise haben unser Land in eine noch nie da gewesene Ausnahmesituation gebracht. Unternehmen stehen vor dem wirtschaftlichen Ruin oder sind bereits insolvent. Viele Bürger sorgen sich um ihren Arbeitsplatz und befürchten zu Recht eine Rezession. Die Verschuldung der privaten Haushalte wird zunehmen. In dieser Situation weitere Migration voranzutreiben, die letztlich wieder eine Zuwanderung über das Asylrecht bedeutet, ist aus unserer Sicht unverantwortlich. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank, Herr Präsident! - Wenn Sie Bilder von den Aufnahmelagern in Griechenland sehen, fragen Sie sich vielleicht auch, wann es dort zu Massenerkrankung kommt: katastrophale Hygienezustände und keine Möglichkeit, Abstand zu halten. Wie soll das auch gehen, wenn Sie mit mehreren Personen in einem Zelt leben, wenn Sie immer anstehen müssen, um auf die Toilette zu gehen, wenn sich über 1.000 Menschen einen Wasserhahn teilen?

Moria ist nicht erst seit gestern ein hoffnungslos überfülltes Auffanglager. Das war schon so, bevor Erdogan seine Grenzöffnung verkündete und auch schon vor Corona. Knapp 37.000 Geflüchtete leben auf den Ägäischen Inseln in Camps, die eigentlich nur etwas mehr als 6.000 Menschen beherbergen dürfen. In Moria allein halten sich derzeit über 19.000 Menschen auf, mehr als sechsmal so viele wie geplant, und das mit allen Begleiterscheinungen.

Aus Angst vor einem Ausbruch von Corona werden seit ein paar Tagen besonders Gefährdete auf das Festland gebracht, wo sie auf kleinere Unterkünfte verteilt werden. Die griechischen Behörden verfol-

(Lars Harms)

gen außerdem die Strategie, die Flüchtlingslager streng abzuriegeln und Neuankömmlinge nicht aufzunehmen. Sie campieren außerhalb in sogenannter Quarantäne im Freien. Wie in so vielen anderen Bereichen auch verschärft Corona eben das, was vorher schon schlecht war, und das ist kein griechisches Problem.

Es ist schon lange nicht mehr in Ordnung, was an den Außengrenzen der Europäischen Union geschieht. 2012 hat die EU den Friedensnobelpreis für ihren Einsatz für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte erhalten. Wie viel lässt sich von diesen Werten noch in den Auffanglagern für Geflüchtete erkennen? Was ist mit dem gemeinsamen Einstehen für Menschenrechte?

Schleswig-Holstein hatte in diesem Jahr unabhängig von einer nationalen Gesamtaufnahmeentscheidung verkündet, Minderjährige aus den Lagern aufnehmen zu wollen. Wir als Fraktion stehen dahinter. Auch unser SSW in Flensburg hat vor Kurzem erst wieder einen Antrag eingebracht, unverzüglich Geflüchtete von den griechischen Inseln aufzunehmen und vor Ort bei allen vernünftigen Parteien Unterstützung gefunden. Es ist wirklich schwer zu vermitteln, warum daraus nichts wird. In Flensburg gibt es - wie im ganzen Land - ungenutzte Unterkünfte. Es ist schon lange an der Zeit, Griechenland zu entlasten. Bei allem, was uns sonst noch beschäftigt, und bei dem Ausnahmezustand, in dem wir uns momentan befinden, dürfen wir jetzt die Schwächsten nicht vergessen. Wir müssen jetzt, wo wir nur können Druck machen, damit die Menschen zügig in andere Länder kommen. Wenn es sein muss - weil wir in einem Land leben, das es sich leisten kann -, müssen wir mit gutem Beispiel vorangehen.

Das können nicht nur unbegleitete Kinder und Jugendliche sein. Das müssen mittlerweile auch ganz dringend die Menschen sein, die auch bei uns als Risikogruppe gelten: alte Menschen, Menschen mit Vorerkrankungen. Diese haben natürlich Familien, von denen sie jetzt nicht getrennt werden dürfen. Das ist nicht anders als bei unseren Mitbürgern hier in Deutschland. Es kann jetzt nicht mehr um 30 Minderjährige gehen, es muss um die Evakuierung der Lager auf den griechischen Inseln und die Verteilung auf die EU-Länder gehen, so wie es Ärzte ohne Grenzen fordert. Ansonsten lassen wir sehenden Auges zu, wie sich auf den griechischen Inseln am Rand der EU eine humanitäre Katastrophe ereignet. Ich gebe dem Kollegen Hamerich recht: Wenn das nicht normal geht, dann müssen wir auf EU-Ebene Entscheidungen herbeiführen, die auch

andere Staaten dazu zwingen, Menschen aufzunehmen. Das ist unsere verdammte Pflicht.

Natürlich wünschen wir uns, dass sich die EU an ihre Werte erinnert und morgen sofort zu einem gemeinsamen Vorgehen kommt, das es nicht länger zulässt, geflüchtete Menschen in Lagern unter intolerablen Zuständen über Monate ausharren zu lassen. Hierfür müssen wir alle stets weiter werben und ein gutes Beispiel dafür geben, dass es gehen kann. Die Zivilgesellschaft steht hinter uns, da bin ich mir wirklich sicher. Nicht ohne Grund begegnen wir alle in den sozialen Medien immer wieder der Kampagne „Leave no one behind“, denn allen ist klar: Es geht jetzt darum, Menschenleben zu retten. Darum geht es, es geht um Menschenleben, um nichts anderes, und das darf natürlich nicht an Bürokratie scheitern.

Meine Damen und Herren und insbesondere Herr Schaffer, das darf auch nicht daran scheitern, dass wir jetzt vielleicht - was die wirtschaftliche Lage angeht - in einer schlechteren Situation sind. Daran darf Menschlichkeit nicht scheitern. Daran darf nicht scheitern zu verhindern, dass auch nur ein einziges Menschenleben aufs Spiel gesetzt wird. Das ist nicht unsere Auffassung. Ich glaube, das ist bei keinem von uns von den demokratischen Parteien die Auffassung, sondern jedes Menschenleben ist gleich viel wert. Ich bin fest davon überzeugt: Unsere Lage hier in Deutschland ist auch nach Corona immer noch so fantastisch gut, dass wir vielen Menschen auf dieser Erde helfen können, und das sollten wir auch tun.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Landesregierung hat die Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, Dr. Sabine Sütterlin-Waack, das Wort.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung und auch mich persönlich bedrückt die große Not der Minderjährigen in den Flüchtlingscamps auf einigen griechischen Inseln sehr. Das ist wahrlich kein Ruhmesblatt für europäische Solidarität. Wie es anders gehen könnte, hat uns soeben Herr Rossa dargelegt. Die erbärmliche Situation in den Flüchtlingscamps würde sich bei einem Coronaausbruch noch weiter ver-

(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

schlimmern. Die Menschen wären schutzlos dem Virus ausgeliefert.

Die Landesregierung hat schon sehr frühzeitig, am 13. Februar dieses Jahres, Herrn Bundesinnenminister Horst Seehofer schriftlich gebeten, Minderjährige aus Griechenland aufzunehmen. Mit dem Schreiben haben wir zum Ausdruck gebracht, dass wir hier erneut beispielgebend vorgehen wollen. Wir sind ein starkes Land und haben eine humanitäre Verantwortung. Deswegen haben wir angeboten, 25 bis 30 der jungen Flüchtlinge von der griechischen Insel Lesbos bei uns aufzunehmen. Ausdrücklich baten wir den Bund um Unterstützung unserer Initiative. Damit sind wir eines von nur acht Bundesländern, die sich ihrer Verantwortung so engagiert stellen und auf Hilfe für Flüchtlinge drängen.

Die ersten 47 jugendlichen Flüchtlinge sind aus Griechenland am Sonnabend, dem 18. April 2020, angekommen. Diese wurden in einer Jugendhilfeeinrichtung in Niedersachsen in Quarantäne genommen. Selbstverständlich hat Schleswig-Holstein in der letzten Woche dem Bundesinnenminister auf Nachfrage bestätigt: Ja, wir stehen zu unserem Wort. - Drei Minderjährige sollen nun nach Auskunft des Bundesinnenministeriums auch nach Schleswig-Holstein kommen. Sie haben Verwandte hier bei uns.

Dies ist ein gemeinsames Anliegen von Minister Garg und mir, denn bei diesen Verteilentscheidungen geht es nicht um Eitelkeiten und politische Belange. Das entscheidende Kriterium ist das Kindeswohl. Dabei wird es bleiben, wenn Ende Mai weitere Minderjährige nach Deutschland kommen. Es werden wahrscheinlich 350 junge Menschen werden.

Die Aufnahme dieser Kinder und Jugendlichen in Schleswig-Holstein findet nicht in unseren Landesunterkünften für Flüchtlinge statt. Sie wird über die Jugendämter organisiert. Die Zusammenarbeit hierzu mit dem Sozialministerium ist absolut eng und vertrauensvoll.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich begreife deswegen diese Initiative aus diesem Hause als willkommene Unterstützung unserer humanen und integrationsorientierten Flüchtlingspolitik. In der Vergangenheit hat auch die Bundesregierung wiederholt erfahren, dass Schleswig-Holstein ein zuverlässiger Partner bei der Flüchtlingsaufnahme ist. Beispielhaft ist hier auch die Bewegung der sicheren Häfen in unserem Bundesland zu nennen. Mit unseren Erfahrungen werden wir uns natürlich auch in

die Debatte zu einer grundlegenden Reform der europäischen Asyl- und Migrationspolitik einbringen.

Lassen Sie mich zum Schluss an dieser Stelle noch ganz persönlich sagen: Schleswig-Holstein hat in den vergangenen Jahren parteiübergreifend eine beispielhafte Integrationspolitik gemacht. Dieser schleswig-holsteinischen Tradition der großen Mehrheit dieses Landtags, der Jamaika-Koalition und meines Vorgängers Hans-Joachim Grote fühle ich mich verpflichtet. Bei der Aufnahme und der Integration von Flüchtlingen ist mir dieser breite gesellschaftliche Konsens wichtig. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. Es ist beantragt worden, in der Sache abzustimmen. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2133, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der SPD und des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2166. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen von FDP und CDU. Wer stimmt dagegen? - Das ist die Fraktion der AfD. Damit ist dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 50 auf:

Mittelständische Wirtschaft schützen - Mehr regionale öffentliche Vergaben ermöglichen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2151

Es ist vereinbart worden, die Reden zu Protokoll zu geben. - Ich gehe auch hier davon aus, dass wir eine Abstimmung in der Sache durchführen. Ich lasse über den Antrag in der Sache abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

(Zurufe SSW)